

Rot-Grün-Rot verliert die Sicherheit aus dem Blick – Polizei wird ausgebremst

Polizei soll Sicherheit gewährleisten – der Senat erschwert ihre Arbeit massiv

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem Entwurf für ein neues Bremisches Versammlungsfreiheitsgesetz liegt ein Gesetzesvorhaben auf dem Tisch, das unsere tägliche Arbeit nachhaltig beeinflussen wird. Als GdP Bremen begrüßen wir grundsätzlich, dass ein modernes Versammlungsrecht geschaffen werden soll. Die Realität ist jedoch: Der vorliegende Gesetzentwurf weist erhebliche Mängel auf und wird den Anforderungen der polizeilichen Praxis nicht gerecht.

Unser erstes Fazit macht deutlich, dass der Entwurf an vielen Stellen von einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber der Polizei geprägt ist. Statt den Kolleginnen und Kollegen die notwendigen rechtlichen Instrumente für eine professionelle Gefahrenabwehr an die Hand zu geben, werden Eingriffsmöglichkeiten eingeschränkt, bürokratische Hürden erhöht und die Einsatzrealität vielfach ausgeblendet.

Wer täglich Versammlungen begleitet, weiß, wie schnell sich Lagen verändern können. Präventives Handeln, rechtssichere Identitätsfeststellungen, der Einsatz moderner Führungsmittel oder eine beweissichere Dokumentation sind keine Schikanen gegenüber Versammlungsteilnehmenden – sie sind

unverzichtbare Voraussetzungen, um friedliche Demonstrationen zu schützen, Straftaten zu verhindern und sowohl Bürger:innen als auch Einsatzkräfte zu schützen.

Der Gesetzentwurf ignoriert die tatsächliche Lage auf Bremens Straßen. Zunehmende gesellschaftliche Polarisierung, wachsende Gewaltbereitschaft extremistischer Gruppen, digitale Radikalisierung und immer komplexere Einsatzlagen stellen die Polizei vor enorme Herausforderungen. Statt die Einsatzkräfte zu stärken, werden ihnen mit diesem Entwurf zusätzliche Hürden auferlegt.

Besonders enttäuschend ist, dass die Gewerkschaften im Vorfeld an diesem Gesetzentwurf nicht beteiligt wurden. Dabei sind es gerade unsere Kolleginnen und Kollegen, die dieses Gesetz später umsetzen müssen. Die Erfahrungen aus der Praxis hätten von Anfang an in die Beratungen einfließen müssen. Wir erwarten deshalb im parlamentarischen Verfahren eine umfassende Anhörung und werden unsere Position dort mit Nachdruck vertreten.





Foto: GdP Bremen



Nils Winter

„Dieser Gesetzentwurf sendet ein fatales Signal: Statt die Polizei als Garantin von Sicherheit und Versammlungsfreiheit zu stärken, wird ihr Misstrauen entgegengebracht und ihre Arbeit erschwert. Das ist ein sicherheitspolitischer Irrweg“, so unser Landesvorsitzender Nils Winter gegenüber der Presse.

Der Gesetzentwurf fügt sich zudem in eine Serie von Entscheidungen ein, die das Vertrauen der Polizeibeschäftigten in die Politik massiv erschüttert haben. Die Streichung eines Beförderungstermins, die faktische Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden ohne angemessenen Ausgleich sowie weiterhin ausbleibende Verbesserun-

gen bei der Polizeizulage und deren Ruhegehaltsfähigkeit zeigen ein klares Muster: Die Belastungen steigen – die Anerkennung bleibt aus.

Die Polizeibeschäftigten erwarten zu Recht mehr Rückhalt durch die Landesregierung. Wertschätzung darf sich nicht auf wohlklingende Worte beschränken. Sie muss sich in politischen Entscheidungen widerspiegeln, die unsere Arbeit erleichtern, unsere Leistungen anerkennen und die Attraktivität unseres Berufs stärken.

Als eure GdP werden wir uns auch weiterhin mit Nachdruck für eure Interessen einsetzen. Wir werden den Gesetzentwurf im parlamentarischen Verfahren kritisch begleiten, auf notwendige Änderungen drängen und nicht müde werden, die Belange der Polizeibeschäftigten deutlich anzusprechen.

Denn eines ist klar: Wer von der Polizei erwartet, Demokratie, Rechtsstaat und die Sicherheit der Menschen in Bremen zu schützen, muss ihr auch das Vertrauen, die Ausstattung und die rechtlichen Rahmenbedingungen geben, die sie dafür benötigt.

Euer Landesvorsitzender der GdP Bremen

Polizeiliche Professionalität verdient Anerkennung – psychische Erkrankungen brauchen endlich wirksame Antworten

Die schrecklichen Tötungsdelikte in Bremen-Vegesack haben unsere Stadt tief erschüttert. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen und Freunden der Opfer. Ihnen wünschen wir in dieser schweren Zeit viel Kraft.

Die anschließende Fahndung stellte die Polizei vor eine enorme Herausforderung. Innerhalb kürzester Zeit wurden umfangreiche Fahndungsmaßnahmen eingeleitet, zahlreiche Hinweise ausgewertet und Einsatzkräfte aus unterschiedlichen Bereichen koordiniert. Dass der mutmaßliche Täter schließlich durch Spezialkräfte der Polizei Bremen gemeinsam mit den Kolleginnen

und Kollegen aus Niedersachsen festgenommen werden konnte, ist das Ergebnis einer hochprofessionellen und engagierten Polizeiarbeit.

Unser ausdrücklicher Dank gilt allen beteiligten Einsatzkräften. Sie haben in einer außergewöhnlich belastenden Lage besonnen, konsequent und mit großer Professionalität gehandelt. Ebenso dan-

ken wir den Bürgerinnen und Bürgern, die durch ihre zahlreichen Hinweise entscheidend zum Fahndungserfolg beigetragen haben. Dieses vertrauensvolle Miteinander zwischen Polizei und Bevölkerung ist ein wichtiger Bestandteil erfolgreicher Polizeiarbeit.

Doch so wichtig dieser Fahndungserfolg ist – er darf nicht den Blick auf ein Problem verstellen, das unsere Kolleginnen und Kollegen seit Jahren beschäftigt.

Polizistinnen und Polizisten erleben im täglichen Dienst immer häufiger Einsätze mit Menschen, die schwer psychisch erkrankt sind. Oft kennen die Einsatzkräfte diese Personen bereits aus zahlreichen vorherigen Einsätzen. Immer wieder werden sie in Hilfesysteme begleitet, Kriseninterventi-



Foto: GdP Bremen



onen eingeleitet oder Unterbringungen geprüft. Dennoch kommt es nicht selten zu erneuten Eskalationen.

Unsere Kolleginnen und Kollegen werden dadurch zunehmend zu denjenigen, die die Folgen eines Systems auffangen müssen, das an entscheidenden Stellen nicht ausreichend funktioniert. Polizei kann Krisen bewältigen – sie kann aber keine fehlenden Therapieplätze ersetzen, keine langfristige Betreuung übernehmen und keine psychiatrische Versorgung sicherstellen.

Die aktuelle Praxis, stark auf Freiwilligkeit und ambulante Behandlung zu setzen, wird von uns grundsätzlich nicht infrage gestellt. Sie zeigt jedoch deutliche Schwächen bei Menschen ohne Krankheitseinsicht, ohne festen Wohnsitz oder mit komplexen Problemlagen. Gerade diejenigen, die am dringendsten Hilfe brauchen, werden oft nicht ausreichend erreicht. Die Folge

ist aus unserer Sicht alarmierend: Psychisch erkrankte Menschen geraten wiederholt in Konflikt mit dem Gesetz und werden vielfach erst dann konsequent behandelt, wenn bereits Straftaten begangen wurden. Dieses Muster sei nicht nur unzureichend, sondern auch gesellschaftlich problematisch.

Aus Sicht der GdP Bremen müssen Polizei, Justiz, Gesundheitswesen und Sozialdienste gemeinsam Lösungen entwickeln. Wir brauchen eine engere Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen, schnellere Informationswege, ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen sowie rechtssichere Möglichkeiten, in akuten Gefahrenlagen früher handeln zu können. Prävention muss dort beginnen, wo Risiken erkennbar werden – nicht erst, wenn schwere Straftaten geschehen sind. Unsere Kolleginnen und Kollegen leisten Tag für Tag Herausragendes – oft unter schwierigen Bedingungen und mit hoher persön-

licher Belastung. Dafür verdienen sie nicht nur Anerkennung, sondern auch die politischen Rahmenbedingungen, die ihnen ihre Arbeit erleichtern.

Als GdP Bremen werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Polizei nicht zum Reparaturbetrieb gesellschaftlicher Versäumnisse wird. Wer öffentliche Sicherheit stärken will, muss auch die psychiatrische Versorgung stärken. Beides gehört untrennbar zusammen.

Wir fordern daher eine ehrliche und ergebnisoffene Diskussion über die Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgungsstrukturen.

Denn eines ist klar: Gute Polizeiarbeit beginnt nicht erst am Tatort. Gute Sicherheitspolitik beginnt dort, wo Menschen rechtzeitig die Hilfe erhalten, die sie benötigen.

Nils Winter

Die Finanzfrage ist immer ein Totschlagargument für etwas, was man nicht will in der Politik!

Zitat Heiko Strohmann (CDU), beim Fachgruppenseminar der Zentralen Dienste vom 10. bis 12.05.2026 in Bad Zwischenahn

Bei der Premiere unseres Tagungsortes in Bad Zwischenahn für unser Fachgruppenseminar der Zentralen Dienste konnten wir gleich am ersten Tag kurz nach 10 Uhr den Landesvorsitzenden der CDU Bremen, Heiko Strohmann, begrüßen.

Die Themen, die wir mit ihm erörtern wollten, wichen nicht vom letzten Jahr ab – Digitalisierung und Finanzierung von Projekten in der Polizei und dem Bürgeramt Bremen – denn tatsächlich konnte bislang keinerlei Fortschritt zum letzten Jahr verzeichnet werden.

Hatten wir doch im April 2025 die Regierungsfraktion der SPD zu der Thematik eingeladen, mussten wir spätestens im September im Konsul-Hackfeld-Haus (3. September 2025) feststellen, dass unsere vorgetragenen Sorgen und Anliegen nicht in den Regierungsfractionen kommuniziert und wahrgenommen werden. Noch während der Podiumsdiskussion

im K.-H.-Haus wurde dem Plenum nach Wortmeldungen zur Digitalisierung (Möglichkeiten von Homeoffice, Rollout/Umstellung Smartphone etc.) mitgeteilt, dass man davon bislang nichts wusste. Da bleibt die Frage offen, warum man sich denn überhaupt die Zeit genommen hat, um uns 2025, damals noch in Tossens, zu besuchen?!

So bleibt zu hoffen, dass die politischen Parteien insbesondere vor den bevorstehenden Wahlen, die Anliegen des Bürgeramts und der Polizei nicht vergessen und wir mehr Wertschätzung und Anerkennung nicht nur in deren Wahlprogramm erhalten, sondern auch eine auskömmliche finanziel-

le Basis für das Kfz-Wesen, für Bekleidung aber vor allem auch für die Umsetzung von Homeoffice/Smartphones/KI – zur Digitalisierung inkl. Fortbildungen für die Beschäftigten geschaffen wird.

„Digitalisierung muss so normal werden, wie das Tragen der Dienstpistole“ – so lautet eine Aussage von Heiko Strohmann, wobei auch die Behäbigkeit in der Behörde kritisch hinterfragt wird.

Große Sorge bereitet den Beschäftigten der Zentralen Dienste die Migration zu Dataport, ist doch bereits jetzt aus anderen Behörden bekannt, dass der Standard dort zwar irgendwie funktioniert, aber abseits dessen mit den ganzen polizeilichen Sonderlocken die Schwierigkeiten erst anfangen und diese Sonderlocken neben dem Standard, der schon großzügig berechnet wird, sicher noch einmal mehr exponentiell große finanzielle Löcher in die bremischen Haushaltskassen reißen wird. Einmal mehr muss man sich fragen, ob es Alternativen zu Dataport geben kann und man aus Sicht der Landeshaushaltsordnung einen anderen Dienstleister wählt.



Die Seminarteilnehmer mit Nils Winter (3 v. re.)

Ein Beispiel aus dem Bürgeramt, warum es auch manchmal länger dauert für uns Bremer: Im Meldewesen, Kfz-Bereich oder der Führerscheinstelle fallen regelmäßig und häufig die Systeme aus. Ein Ticket, was an DP geschickt wird, benötigt für die Reaktion 1,5 Tage! (das ist schon schnell) – solange aber ist der Arbeitsplatz nicht nutzbar und die Termine für die Bürger können somit nicht gehalten werden. Gern hätte man sich dort Fortbildungen für die Digitalisierung im Ummeldeprozess der Kfz gewünscht, um den Bürgern den Prozess zu erklären – leider Fehlangelegenheit, die Kommunikation ist eher intransparent.

Schaut man ins Migrationsamt, so haben die Kolleginnen und Kollegen dort mit wöchentlichen Updates (aufgrund von Gesetzesänderungen) und täglichen IT-Problemen zu kämpfen, damit sind die dort Zuständigen gleichfalls arbeitsunfähig. Hinzu kommen ständig neue Fachverfahren, auf die die zu wenigen Mitarbeitenden aber nicht beschult werden. Wie überall mangelt es auch hier an Personal, weil eine Finanzierung gerade mal für ein Jahr gesichert ist.

Umso erfreulicher war das Interesse, dass Heiko Strohmann das Angebot gemacht hat, die Kolleginnen und Kollegen im Migrationsamt zu besuchen, um sich tiefgreifender mit den Prozessen vor Ort zu beschäftigen.

Im Bereich des digitalen Polizeifunks ist man bestrebt, ein eigenes Smartphonetz vom Bund aufzubauen als Nachfolgemodell für den Digitalfunk. ABER: Der bremische Datenschutz und das Informationssicherheitsmanagement im Bremer Polizeigesetz machen die Digitalisierung immer wieder zunichte.

„So innovativ die Ideen sind, so schlecht lassen sich diese aufgrund der engen datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen umsetzen.“ Am Ende stehen unsinnige Datenschutzbestimmungen der Polizeiarbeit im Wege.

Heiko Strohmann betont den Blick in Richtung Lettland und Estland zu richten,

um von dort in Bezug auf Digitalisierung zu lernen – da müssen wir einfach umtriebiger in Sachen Datenschutz werden. „Wir haben einen Denkfehler mit Datenschutz! Wir diskutieren das perfekte Modell ohne konsequente Umsetzung eines Plans.“



Ein Gastgeschenk der Fachgruppe Zentrale Dienste an Heiko Strohmann, Landesvorsitzender der CDU Bremen

„Bremen ist das Entwicklungsland der Bundesländer“ so mittlerweile genannt, wenn vom Fuhrpark der Polizei Bremen gesprochen wird. Kaufen wir doch die alten ausgesonderten Dienst-Kfz der anderen Bundesländer auf, teils mit einer Laufleistung von weit mehr als 100.000 km. Vermutlich dadurch können wir uns nur die teuren Reparaturen erlauben. Statt betriebswirtschaftlich neu zu beschaffen „investieren wir 25.000 bis hin zu 40.000 Euro für Reparaturen – ist ja der konsumtive Topf aus dem das Geld kommt“. Einsatzfahrzeuge weisen in Teilen weit über 200.000 km auf und sind aufgrund der hohen Belastung des erhöhten Einsatzaufkommens im Streifendienst stark abgenutzt. Wir laufen der Zeit hinterher, anstatt mit ihr zu gehen und damit dem Bürger zu signalisieren, dass die Behörden mit Sicherheitsaufgaben mit Vorbild voran gehen wol-

len im Hinblick auf alternative Antriebsstoffe und verminderten CO₂ Ausstoß für ein besseres Klima in Bremen.

Etwas anders gestaltet sich unser Recruiting. In dem Bereich investieren wir zu Recht viel Geld, um gutes Personal zu akquirieren. Allerdings fehlen uns im Anschluss Räume bzw. eigentlich ganze Liegenschaften, um das Personal vernünftig unterzubringen. Wenn wir nicht damit schon unser neu gewonnenes Personal verlieren, tun wir es spätestens, wenn wir den Kolleginnen und Kollegen kein Homeoffice anbieten können, einfach, weil wir keine Lizenzen haben, um ihnen moderne Arbeitsplätze zu ermöglichen. Noch immer haben wir nur ca. 200 Lizenzen für Homeoffice, aber einen weitaus höheren Bedarf an Kolleginnen und Kollegen, die gern ortsflexibel arbeiten würden. Anträge dürfen gestellt werden, werden aber nur dann berücksichtigt, wenn man entweder selbst krank ist, jüngere Kinder oder pflegebedürftige Angehörige hat – das sind in etwa die Kriterien, die es ermöglichen, einen der begehrten Plätze zu bekommen.

„Die Finanzfrage ist immer ein Totschlagargument für etwas, was man nicht will in der Politik!“ – Zitat Heiko Strohmann (CDU) –

Am Folgetag durften wir zu dem Zeitpunkt die noch neue (und in der Konstellation nur kurzzeitige) Doppelspitze der Zentralen Polizeidirektion, Andreas Löwe als neuer Direktionsleiter Z und Michael Zander als sein Stellvertreter, begrüßen.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde ging es in einen konstruktiven kurzweiligen Austausch und es zeigte sich erneut, dass die Mischung unseres Plenums aus Mitgliedern von verschiedenen Direktionen und Behörden Schnittstellen aufwies, um Brücken zu bauen und Gemeinsamkeiten zu identifizieren und miteinander bzw. voneinander zu lernen.

Diskutiert wurde über KI – Systeme für die Polizeien der Länder, die in anderen Bundesländern bereits in Erprobung sind. Es bleibt spannend, was uns zukünftig in



Ein Blick in den Seminarraum

unserer Arbeit neben LLMoin begleiten und unterstützen wird.

Gerade für junge Leute bzw. unseren jungen Beamtinnen und Beamten ist das Thema Teilzeit ohne Grund von Interesse. So soll es in Kürze eine Mitarbeiterumfrage geben, in der zunächst der Bedarf erfasst werden soll, um eine Datengrundlage zu haben, inwieweit Teilzeit ohne Grund für junge Beamte, vielleicht auch für lebensältere von Interesse sein kann. Gegenwärtig gibt es eine Härtefallkommission, die im Einzelfall prüft, ob eine Genehmigung erfolgen kann.

Ein Glücksfall sind die LuKiF-Mittel, denn darüber können Gelder für den Fuhrpark abgerufen werden, natürlich ist damit der Fuhrpark nicht auskömmlich finanziert, dennoch sollen zumindest einige Neuanschaffungen in hybrider Form ermöglicht werden.

Besorgt zeigte man sich auch über die Entwicklung des Personals im Nichtvollzugsbereich. Michael konnte hier zwar etwas beruhigen, denn das Bestandspersonal wird bleiben und es kommt zu keinen Kündigungen, dennoch sieht die Zwei-Jahres Planung im Perso-

nal vor, dass NVZ-Stellen in Vollzug gewandelt werden können. Im Umkehrschluss heißt die bittere Pille, dass die dringend notwendigen Stellen und damit fehlende Fachlichkeit im Tarifbereich wohl ausbleiben werden.

Nils Winter berichtete uns am letzten Tag vom neu konstituierten GLV. In Bezug auf unser Thema Digitalisierung richtete er den Blick auf Medienbildung, die egal für welche Altersgruppe wichtig ist, um Informationen richtig einschätzen zu können.

Noch immer wird ein Geschäftsführer für die Service GmbH gesucht, denn Sven Runge wird spätestens im August sein Amt niederlegen.

Dass die 41-Stunden-Woche nun in Bremen kommen wird, konnten wir nicht verhindern, immerhin hinauszögern. Wenigstens der Schicht- und Wechseldienst wurde ausgenommen.

Ob sich Bremen damit tatsächlich einen Gefallen tut, im Vergleich mit anderen Bundesländern, muss infrage gestellt werden. Attraktiv ist das für die jungen Leute auch in der Hinsicht nicht mehr.

- 41 Stunden arbeiten
- Keine ausreichende Gewährleistung von Homeoffice
- Keine Erhöhung/Anpassung der Polizeizulage und keine Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit dieser Zulage, obwohl es im aktuellen Koalitionsvertrag niedergeschrieben ist.

Andere Bundesländer, wie unter anderem Nordrhein-Westfalen, sind aktuell dabei, die wöchentliche Arbeitszeit von 41-Stunden wieder zu reduzieren. Unsere Forderung bleibt unverändert: Der Senat muss die 41-Stunden-Woche umgehend zurücknehmen.

Kritisch sieht Nils die ständigen Gesetzesänderungen ohne Anhörung und Beteiligung der Gewerkschaften. Es ist immer noch nicht Standard, dass die Fachlichkeit mit einbezogen wird. Hier muss ein Umdenken stattfinden.

„Ein echt mega cooles Seminar mit starkem Austausch, vielen neuen Blickwinkeln und guten Gesprächen. Großes Danke natürlich auch nochmal an Chrissi und Peter für die ganze Organisation –habt ihr echt top gemacht.“ (Zitat eines Seminarteilnehmers)

Dem schließt sich die Redakteurin an: tolle Location, tolle interessierte und vor allem engagierte Leute und jede Menge Freizeitangebote, die wir nutzen konnten. Wir kommen gerne wieder und freuen uns, wenn wir nächstes Jahr viele neue Aktive von euch in Bad Zwischenahn begrüßen dürfen!

Christin -Chrissi- Loroff,
Fachgruppe Zentrale Dienste



Die Doppelspitze der Zentralen Polizeidirektion, Andreas Löwe (re.) als neuer Direktionsleiter Z und ...



...Michael Zander (li.) als sein (kurzzeitiger) Stellvertreter, erhielten ebenfalls ein Geschenk



Fokus auf psychische Belastung – Rückblick auf das Fachgruppenseminar der Verwaltungspolizei

Vom 10. bis 12. Juni 2026 fand das Seminar der Fachgruppe Verwaltungspolizei in Bad Zwischenahn statt. Im Mittelpunkt der diesjährigen Veranstaltung stand das Thema „Psychische Belastung am Arbeitsplatz“. Angesichts steigender Anforderungen und zunehmender Arbeitsverdichtung in vielen Bereichen der Verwaltung stieß das Thema bei den Teilnehmenden auf großes Interesse.

leginnen und Kollegen wichtige Erfolgsfaktoren sind.

Neben den fachlichen Diskussionen blieb während des Seminars ausreichend Zeit für den kollegialen Austausch und die Vernetzung. Die Gespräche am Abend zeigten einmal mehr, wie wichtig die GdP für die einzelnen Teilnehmenden und ihre tägliche Arbeit ist. Das Seminar bot damit nicht nur fachliche Impulse, sondern stärkte auch den Zusammenhalt innerhalb der Fachgruppe.

Denis Geger

Am ersten Seminartag referierte Dennis Wernstedt von der Arbeitnehmerkammer Bremen. Er machte deutlich, wie wichtig die psychische Gefährdungsbeurteilung insbesondere in den bürgernahen Ämtern ist und welche Mitbestimmungsmöglichkeiten den Personalräten dabei zur Verfügung stehen. In der anschließenden Diskussion wurden zahlreiche Erfahrungen aus der Praxis ausgetauscht und Herausforderungen benannt, mit denen Beschäftigte im Arbeitsalltag konfrontiert sind.

Der zweite Seminartag stand im Zeichen des Austauschs mit der Politik. Mit Marco Lübke, innenpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion, begrüßten die Teilnehmenden einen Gast aus der Landespolitik am Zwischenahner Meer. Im Gespräch ging es insbesondere um die Erwartungen der Politik an die Verwaltung sowie um die verbreitete Annahme, dass der Einsatz von künstlicher Intelligenz und digitalen Akten automatisch zu einer Entlastung der Beschäftigten führe und dadurch Personal eingespart werden könne.

Am letzten Seminartag beschäftigten sich die Teilnehmenden mit der Frage, wie neue Mitglieder für die Gewerkschaft gewonnen und Beschäftigte zu einer aktiven Mitarbeit in der GdP motiviert werden können. Dabei wurde schnell deutlich, dass dies vor allem durch den persönlichen Kontakt vor Ort gelingt. Einig waren sich die Anwesenden zudem darin, dass sichtbare gewerkschaftliche Arbeit und eine regelmäßige Ansprache der Kol-



Die Seminarteilnehmer mit Marco Lübke, Fraktionssprecher für Inneres und Sport der CDU (hintere Reihe, Zweiter von rechts)



Summerspecial 2026

„The same procedure as every year“

Den **26. August 2026, ab 16:30 Uhr**, sollten sich alle GdP-Frauen merken, denn an diesem Tag lädt der Frauenvorstand der GdP zum Summerspecial ein. Und natürlich ist auch wieder ein Überraschungsgast, auf den wir uns besonders freuen, eingeladen. Nutzt eure Chance, unserem Gast Fragen zu stellen, die euch in eurem Job bewegen.

Wir hoffen, ihr seid neugierig geworden und seid am

**26. August 2026
im Heidhofweg 15, 27711 OHZ**

dabei. Für gute Laune, einen kleinen Imbiss und gutes Wetter sorgen wir. Natürlich müssen wir im Vorfeld planen, deshalb meldet euch bitte unter **(0170) 4984897**.

**Der Frauenvorstand
Siggi Holschen**



Foto: Pixabay

Seminar der Fachgruppe Schutzpolizei – Jetzt anmelden!

Wie in den letzten Jahren findet auch in 2026 wieder das Seminar der Fachgruppe Schutzpolizei statt. Was sich jedoch geändert hat ist die Örtlichkeit. Zuvor fanden die Seminare stets in den Räumlichkeiten der Nordseeklause in Tossens statt, in diesem Jahr veranstalten wir das Seminar zum ersten Mal in Bad Zwischenahn.

Moderne Tagungsräume, spannende Auseinandersetzungen mit den Gästen und wertvoller Austausch unter Kolleginnen und Kollegen erwarten euch vom **12.-**

14. Oktober 2026 in der WISOAG in Bad Zwischenahn.

Nutzt die Gelegenheit und gestaltet die Zukunft eurer GdP mit! Meldet euch einfach per Mail an bremen@gdp.de für das Seminar an und seid dabei! Die Teilnahme ist Bildungszeit und kostet euch daher keine regulären Urlaubstage. Für 50 Euro sind zwei Übernachtungen und Vollverpflegung inklusive.

Eure Fachgruppe Schutzpolizei



Redaktionsschluss

Redaktionsschluss für die September-Ausgabe 2026, Landesjournal Bremen, ist der 4. August 2026. Artikel bitte mailen an:

ruedigerkloss.dp01@gmail.com



DP – Deutsche Polizei
Bremen

Geschäftsstelle
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon (0421) 949585-0
Telefax (0421) 949585-9
www.gdp.de/bremen, bremen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Rüdiger Kloß (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78,
28195 Bremen

21. August 2026
ab 18.00 Uhr

im Traditionslokal
„Der Kuhhirte“



GEWERKSCHAFT DER POLIZEI

Sommerfest 2026



**Gewerkschaft
der Polizei**
Bremen

Getränkepauschale bis 24 Uhr
Grill-Buffer

Eintrittspreis: **40,00 €** (Getränkepauschale bis 24 Uhr und Grill-Buffer inklusive)

Kartenvorverkauf: unter 0421 949585-0 oder Bremen@gdp.de

Veranstalter: **GdP-Service-GmbH** Bremen